FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

TÜRKEI NACHRICHTEN Nr. 56/November 2021

Wirtschaft / Soziales / Umwelt 2
- Eine unorthodoxe Wirtschaftspolitik und ihre Folgen 2
- Landwirtschaftspolitik und Dürre 2
- Steigende Armut 3

Die Stimmung gegenüber Zugewanderten ist gekippt 4
- Ein offenes Selbstverständnis 4
- Ein zweiter Arbeitsmarkt 5
- Zugespitzte Konkurrenz 5
- Die Diskussion steht noch ganz am Anfang 5

Innenpolitik 6
- Oppositionsgespräche über gestärktes parlamentarisches System 6
- HDP bringt vorläufige Verteidigung ein 6
- CHP-Vorstoß im Kurden-Konflikt 7
- Osman Kavala weiter in Haft 7
- Vorbereitung eines Gesetzes zu Internetmedien 7
- Vorwürfe gegen die regierungsnahe Stiftung TÜGVA 7

Außenpolitik 8
- Beitritt zum Pariser Klimaabkommen 8
- Wenig Bewegung in den US-Beziehungen 8
- Bewaffnete Drohnen belasten Russland-Beziehungen 8
- Türkei strebt neue Militäroperation in Syrien an 9

Impressum 10

Wirtschaft / Soziales / Umwelt

Eine unorthodoxe Wirtschaftspolitik und ihre Folgen

Staatspräsident Erdoğan hat angekündigt, dass die türkische Volkswirtschaft das Jahr voraussichtlich mit einer zweistelligen Zuwachsrate abschließen wird. Doch wirkliche Begeisterung ist in der Bevölkerung nicht zu spüren. Denn die hohe Wachstumsrate geht an der Bevölkerung vorbei. Der Grund ist eine Inflation, die im Oktober ein Niveau von knapp unter 20 Prozent erreicht hat.

Hintergrund der Inflation, die von einer unabhängigen Arbeitsgruppe von Akademiker_innen mehr als doppelt so hoch ermittelt wird, sind zum einen steigende Weltmarktpreise für Rohstoffe. Zum anderen wird sie jedoch durch die Schwäche der Türkischen Lira weiter verstärkt. Der Wertverfall der Türkischen Lira fördert zwar den Export, der immer neue Rekorde bricht, verteuert jedoch zugleich auch die Importe.

Der Präsident der türkischen Zentralbank wiederum erklärte, dass dies durchaus gewollt sei. Durch die Verteuerung der Importe verbessere sich die Außenhandelsbilanz. Seiner Prognose zufolge werde die Zahlungsbilanz aufgrund der verbesserten Tourismuseinnahmen einen Überschuss aufweisen. Auf diese Weise wiederum werde der Wert der Türkischen Lira stabilisiert. Dieser Ansatz ähnelt dem des vorherigen Wirtschaftsministers Albayrak, der durch einen „wettbewerbsfähigen Kurs" den türkischen Export fördern wollte. International bekannt wurde diese Politik zudem durch die von Staatspräsident Erdoğan vertretene These, dass hohe Zinsen einer der wichtigsten Faktoren für die Inflation seien.

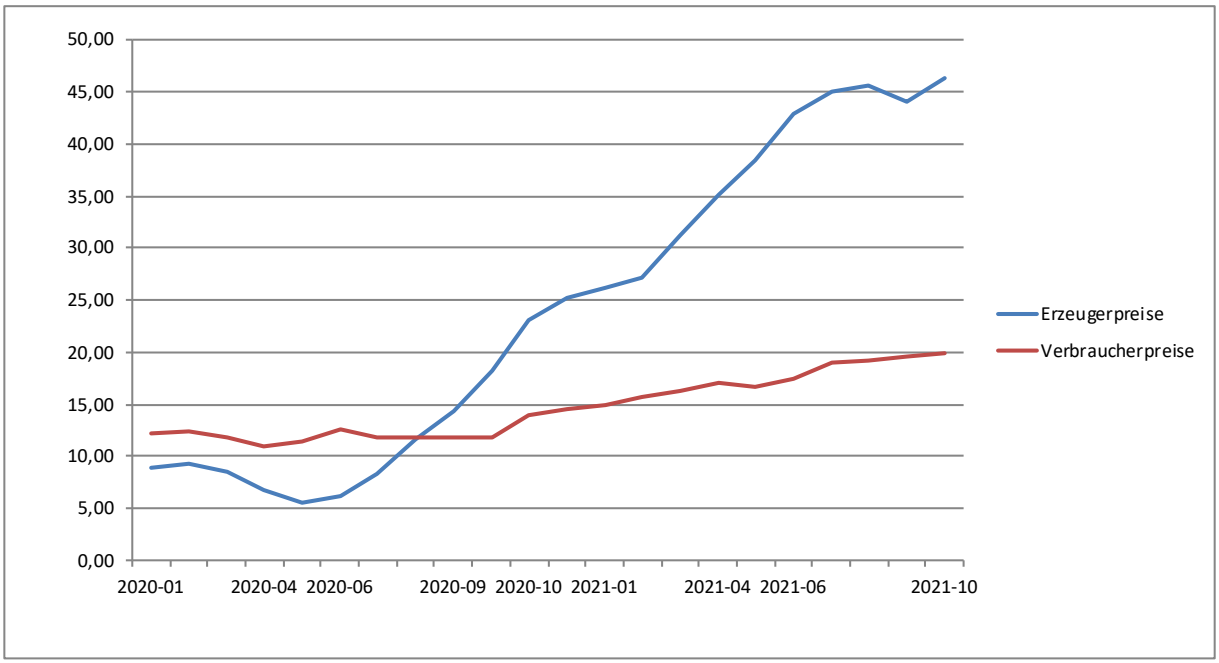
Kritiker_innen dagegen vermuten, dass hinter dem Wertverfall der Türkischen Lira keine bewusste Politik steht, sondern der türkischen Zentralbank das Geld für Stützkäufe fehlt. Betrachtet man die Netto-Reserven der Zentralbank abzüglich von Einlagen anderer Zentralbanken, so ergibt sich ein Defizit in Höhe von rund 50 Mrd. Dollar. Ziel der Regierung sei es, ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum zu erzielen. Um dies zu erreichen, wurde im Oktober der Leitzins durch die Zentralbank von 18 auf 16 Prozent gesenkt. Zugleich begannen die Staatsbanken wieder mit Programmen mit vergünstigten Kreditzinsen. Im Sommer 2020 hatten solche Programme stark zum Anstieg der Inflation beigetragen. Insbesondere die günstigen Immobilienkredite hatten zu einem schnellen Anstieg der Immobilienpreise geführt.

Mit der Entscheidung der Zentralbank im November, die Zinsen nochmals um einen Prozentpunkt zu senken, setzte ein neuer, beschleunigter Wertverfall der Türkischen Lira ein. Aus der Erklärung der Zentralbank lässt sich außerdem entnehmen, dass eine weitere Zinssenkung für Dezember vorgesehen ist. Die Folge wird ein zusätzlicher Inflationsdruck sein, denn es gibt kaum eine Ware, in die nicht Importprodukte eingehen. Bereits jetzt liegt der Anstieg der Erzeugerpreise doppelt so hoch wie der der Verbraucherpreise.

Hinzu kommt, dass die Schwächung der Währung nur Vorteile für die inländische Wertschöpfung erbringt. Der Preis dafür ist eine Verringerung der Realeinkommen. Tatsächlich bleibt die Entwicklung der Einkommen in den vergangenen sechs Quartalen stets hinter der Entwicklung des Nationaleinkommens zurück. Das hohe Inflationsniveau wird begleitet von einem relativen Rückgang der Löhne.

Landwirtschaftspolitik und Dürre

Beim Anstieg der Verbraucherpreise spielen Nahrungsmittel eine doppelte Rolle. Zum einen liegt der Anstieg der Nahrungsmittelpreise deutlich über dem Inflationsniveau und zum anderen liegt der Anteil der Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel bei den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen am höchsten. Während



Erzeuger- und Verbraucherpreise (jährlicher Wandel in Prozent 2020-21, Türkisches Statistikinstitut)

das Türkischen Statistikinstitut die Inflation für Oktober mit 19,89 Prozent angibt, liegt der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken bei 27,41 Prozent im Jahreszeitraum. Dies trägt dazu bei, dass breite Bevölkerungskreise einen höheren Preisanstieg erleben.

Der hohe Preisanstieg bei Lebensmitteln hat vielfältige Gründe. Zum einen werden wichtige Vorprodukte für die Landwirtschaft importiert. Dies gilt nicht nur für Treibstoffe, sondern auch für Saatgut und Landwirtschaftschemikalien. Neben dem Wertverfall der Türkischen Lira verteuern außerdem Produktionsausfälle in Lieferländern beispielsweise die Preise für Düngemittel um ein Mehrfaches. Dürre wiederum hat in vielen wichtigen Anbaugebieten der Türkei die Produktion stark verringert. Es wird damit gerechnet, dass die Türkei im kommenden Jahr Weizenimporte in Rekordhöhe tätigen muss, weil mit einem Ernterückgang von 13,9 Prozent gerechnet wird. Bei der Gerste liegt der Rückgang sogar bei 30 Prozent.

Gleichwohl sind es nicht nur Weltmarktentwicklungen und klimatische Faktoren, die zum Produktionsrückgang beitragen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist von 40,067 Mio. Hektar im Jahr 2001 auf 37,762 Hektar zurückgegangen. Auch wenn die letzten offiziellen Daten aus dem Jahr 2018 stammen, wird von einem kontinuierlichen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe berichtet. Hintergrund ist ein beträchtliches wirtschaftliches Risiko bei geringen Verdienstmöglichkeiten. Verantwortlich dafür sind unter anderem eine geringe Organisation in Kooperativen und Mängel bei der Produktionsplanung. Regelmäßig kommt es bei einigen Produkten zu Überangeboten, während andere fehlen. Die Regierung reagiert dann auf die durch den Mangel ausgelösten Preiserhöhungen mit Importen, die preislich unter den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen liegen können. Dies führt zu hohen Produktionsschwankungen. Während beispielsweise Zitronen im vergangenen Jahr Mangelware waren, liegt ihr Preis in diesem Jahr unter dem der Kisten, in denen sie verpackt werden.

Bedenkt man, dass die erwarteten Ernterückgänge sich auf das ablaufende Landwirtschaftsjahr beziehen, wird der Preisdruck bei Lebensmitteln mindestens bis zum kommenden Frühjahr anhalten. Stabilisieren sich die Devisenkurse nicht, wird die Nahrungsmittelinflation sogar noch steigen.

Steigende Armut

Die steigende Inflation und der rückläufige Anteil der Löhne am Nationaleinkommen führen zu einem Anstieg der Armut, der durch die Bedingungen der Pandemie noch verstärkt wurde. Mit 0,41 erreichte 2020 der Gini-Koeffizient das höchste Niveau der vergangenen zehn Jahre und zeigt damit einen weiteren Anstieg der ungleichen Einkommensverteilung an.

Offiziellen Angaben zufolge stieg die relative Armut, d.h. ein Einkommen von bis zur Hälfte des Durchschnittseinkommens, 2020 an, blieb jedoch mit 15,0 Prozent unter den Werten von 2011 und 2012. Angaben von Strom-, Gas- und Wasserkund_innen in Millionenhöhe, denen aufgrund von Zahlungsverzug die Versorgung eingestellt wurde, sprechen jedoch dafür, dass die tatsächliche Armutsrate deutlich höher sein könnte.

Schätzungen gehen davon aus, dass 50-60 Prozent der abhängig Beschäftigten ein Gehalt auf dem Niveau des Mindestlohnes oder darunter erhalten. Der Mindestlohn

"Wir kommen nicht über die Runden": Arbeitnehmer_innen protestieren in Izmir. Foto: DISK

beträgt Netto 2.825,90 TL monatlich. Berechnungen des Gewerkschaftsbundes Türk-İş zufolge betrugen im Oktober 2021 die Ernährungskosten für eine vierköpfige Familie bereits 3.093,20 TL. Die Armutsgrenze für eine solche Familie wird mit 10.075,58 TL angegeben. Dabei muss außerdem bedacht werden, dass es sich um landesweite Durchschnittsangaben handelt, die Lebenserhaltungskosten in den Großstädten jedoch deutlich höher liegen. Im November folgten tausende Arbeitnehmer_innen in Izmir einem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes DİSK und gingen für mehr Einkommens- und Steuergerechtigkeit auf die Straße. Der Protest fand im Vorfeld der Mindestlohnverhandlungen für das Jahr 2022 statt.

Um dem steigenden Unmut der Bevölkerung zu begegnen, kommen aus dem Regierungslager zunehmend Signale für eine Erhöhung des Mindestlohnes über dem Inflationsniveau. Selbst Arbeitgeberverbände zeigen Bereitschaft zu einer Erhöhung auf Inflationsniveau – was darüber hinausgehe, solle durch einen vollständigen oder teilweisen Verzicht auf die Einkommenssteuer auf den Mindestlohn erzielt werden. Auf der anderen Seite wird eingewandt, dass in den vergangenen Jahren die Anhebung des Mindestlohnes nicht von einer ebenso hohen Anhebung der übrigen Gehälter begleitet wurde. Die Folge ist, dass der Anteil der Bezieher_innen des Mindestlohnes an der Gesamtbeschäftigung gestiegen ist. Zudem wird die inflationäre Wirkung einer hohen Erhöhung des Mindestlohnes gefürchtet, so dass deren Effekt in kurzer Zeit aufgefressen werden könnte.

Die Stimmung gegenüber Zugewanderten ist gekippt

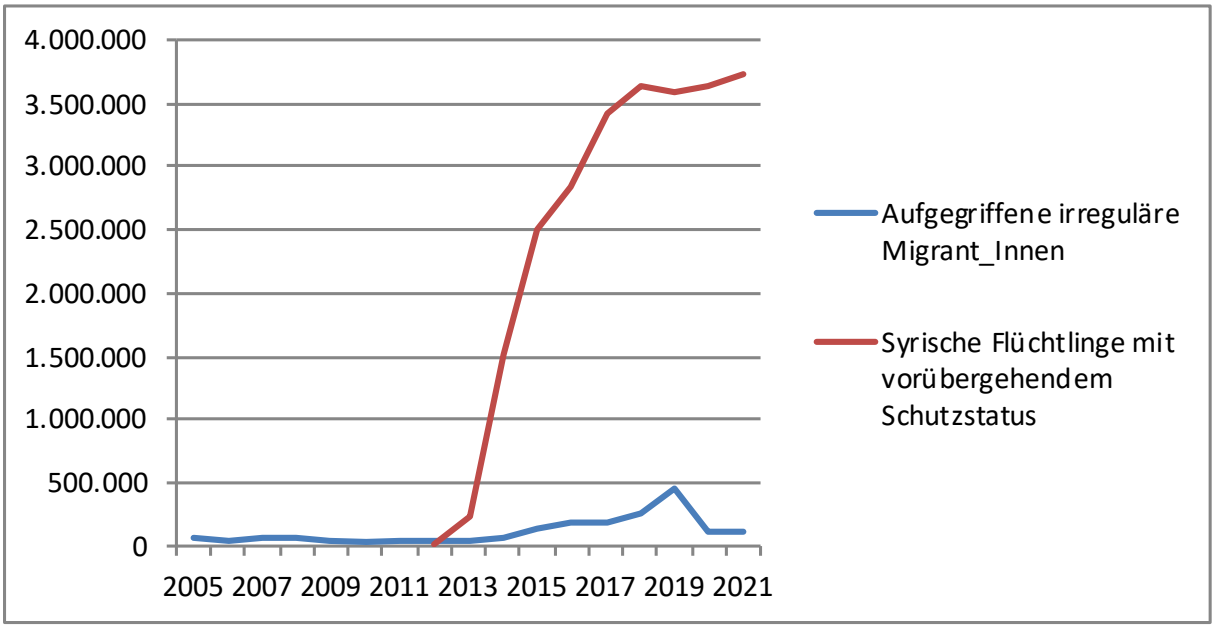
Lange war die Türkei ein Transitland für irreguläre Migrant_innen auf dem Weg nach Europa. Doch mit dem Bürgerkrieg in Syrien stieg die Zahl der syrischen Flüchtlinge in der Türkei binnen weniger Jahre auf mehr als 3 Millionen. Sie wurden von der Mehrheit der türkischen Bevölkerung aus humanitären Gründen akzeptiert. Zugleich wurde davon ausgegangen, dass die Geflüchteten nur vorübergehend in der Türkei bleiben und nach einem baldigen Ende des Krieges nach Syrien zurückkehren würden. Doch ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht und auch die Flüchtlinge selbst denken kaum an eine Rückkehr. Mit dem NATO-Abzug aus Afghanistan und der Machtübernahme durch die Taliban entstand zudem die Sorge, dass eine neue Fluchtbewegung auf die Türkei zukommen könnte. Vor dem Hintergrund von Pandemie und Teuerung schwindet die Akzeptanz für Flüchtlinge und Zugewanderte schnell. Die Opposition scheut nicht davor zurück, das Mobilisierungspotential des Flüchtlingsthemas politisch für sich zunutzen. Die CHP setzt auf einen nationalistischen Kurs der Abschottung gegenüber afghanischen Flüchtlingen. Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaoğlu verkündete zudem, im Falle einer Regierungsübernahme würde er die in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge innerhalb von zwei Jahren zurück nach Syrien schicken

Ein offenes Selbstverständnis

Die aktuelle Stimmungslage steht im Gegensatz zum einstigen Selbstverständnis. Die Türkei sieht sich als Erbin des Osmanischen Reiches, einem Vielvölkerstaat, der sich eher nach Religionen als ethnisch organisierte. Mit der Aufnahme der spanischen Juden nach dem Untergang der maurischen Emirate nahmen die osmanischen Sultane vorweg, was Preußen zwei Jahrhunderte später mit den Hugenotten vollzog: Migration wurde als ein Instrument der Landesentwicklung eingesetzt.

Nach der iranischen Revolution, dem Bürgerkrieg im Libanon und den Irak-Kriegen wurde die Türkei zu einem wichtigen Transitland für Flüchtlinge. Doch handelte es sich hierbei nicht um große Gruppen und die meisten der Geflüchteten hatten vor, die Türkei wieder zu verlassen.

Die Situation veränderte sich grundlegend mit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges. Die Türkei verfolgte zunächst eine „Politik der offenen Tür". Sie gewährte den



(Quelle: Migrationsbehörde, Stand November 2021)

syrischen Flüchtlingen einen vorübergehenden Schutzstatus, kostenlose Gesundheitsleistungen und ermöglichte die Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Hintergrund war, dass die türkische Regierung zum einen mit einer schnellen Niederlage des Assad-Regimes rechnete und sich zum anderen angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen eine internationale Zustimmung für eine Intervention gegen kurdische Gebiete in Syrien versprach.

Mit dem „Gesetz für Ausländer und internationalen Schutz" von 2013 wurde schließlich ein Regelwerk nach europäischem Vorbild etabliert und erstmals eine eigenständige Migrationsbehörde gegründet.

Ein zweiter Arbeitsmarkt

Die Toleranz, mit der die türkische Regierung auf die irreguläre Migration und die zunehmende Zahl syrischer Flüchtlinge reagierte, hatte auch wirtschaftliche Gründe. Für einige Industriezweige fanden sich unter den Zugewanderten Facharbeiter_innen. Die Mehrheit der arbeitenden Migrant_innen erhält jedoch Löhne unterhalb des Mindestlohnes und hat weder Sozialversicherung noch Kündigungsschutz. Wichtige Beschäftigungsbereiche sind Landwirtschaft, Bau und Industrie. Unter den aktuell rund 3,7 Mio. syrischen Flüchtlingen in der Türkei haben nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales im Jahr 2020 nur 62.369 Personen eine Arbeitserlaubnis erhalten. Der Hintergrund ist, dass sich zum einen für die meisten Syrer_innen eine Arbeitserlaubnis kaum lohnt, da sie ohnehin vor allem Chancen auf dem informellen Arbeitsmarkt haben. Zum anderen muss der Arbeitgeber die Genehmigung beantragen und existiert eine Nachrangigkeitsregelung, die türkischen Bürger_innen den Vorrang gibt.

Umgekehrt ist das riesige Potenzial unterbezahlter Arbeitskräfte auch ein Hemmnis für die Modernisierung der türkischen Industrie. Informelle Beschäftigung erschwert den Zugang zu staatlichen Fördermitteln und Bankfinanzierungen. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen und senkt den Nutzen von Rationalisierungsinvestitionen.

Zugespitzte Konkurrenz

Der schnelle Anstieg der Zahl syrischer Flüchtlinge stellt insbesondere für die türkischen Großstädte sowie die Grenzprovinzen zu Syrien eine Herausforderung dar. In der Provinz Kilis sind nach Angaben der Migrationsbehörde 75,37 Prozent der Bevölkerung Syrer_innen. In Hatay sind es mehr als 26 Prozent. Die meisten der Flüchtlinge hat Istanbul aufgenommen – nach offiziellen Angaben sind 535.458 Syrer_innen in der Metropole gemeldet. Hinzu kommen jene, die noch andernorts gemeldet sind, jedoch mittlerweile in Istanbul leben. Der Gouverneur von Istanbul hat einen Anmeldestopp für Flüchtlinge verhängt, der weitere Zuzüge unterbinden soll. In der Stadt wiederum können die allermeisten Geflüchteten nur in wenigen Stadtbezirken bzw. Siedlungen mit billigem Wohnraum eine Unterkunft finden. Dies führt zu einer Verdrängung der bisher dort lebenden, in der Regel selbst deklassierten türkischen Bevölkerung. Auch das Gesundheits- und Schulwesen ist stärker gefordert.

Seit 2018 hat die Türkei zunächst eine Währungskrise und dann die wirtschaftlichen Verwerfungen durch die Pandemie erlebt. Parallel mit der sich ausbreitenden Verarmung und steigenden Arbeitslosigkeit sank auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für Geflüchtete und Migrant_innen. Hinzu kommt, dass auch der breiten Bevölkerung langsam bewusst wird, dass viele der geflüchteten Syrer_innen sich derweil ein Leben in der Türkei aufgebaut haben und nicht nur als „vorübergehende Gäste" im Land bleiben werden.

Die rückläufige Akzeptanz spiegelt sich jedoch nicht nur in Meinungsumfragen. Mehrfach kam es auch zu gewalttätigem Vorgehen gegen Migrant_innen, besonders alarmierend waren die Ausschreitungen im Stadtbezirk Altındağ in Ankara. Der für eine Sanierung vorgesehene Stadtteil beherbergt einen Großteil der migrantischen Bevölkerung der Hauptstadt. Nachdem hier ein junger Türke von einem Syrer erstochen wurde, rottete sich ein Mob zusammen, Häuser und Autos wurden mit Steinen beworfen oder angezündet, Geschäfte geplündert. Die Polizei löste die Menge schließlich auf, Festnahmen erfolgten jedoch kaum. Die Behauptung, die Gewalt sei organisiert worden, wurde durch die Polizei zurückgewiesen, obgleich es mehrere Zeugenaussagen gab, die darauf hindeuten.

Als Reaktion wurde ein Teil der ausländischen Einwohner_innen von Altındağ zwangsweise umgesiedelt und mit einem beschleunigten Abriss verfallener Häuser begonnen, die zuvor von Migrant_innen bewohnt wurden.

Die Diskussion steht noch ganz am Anfang

Als Kılıçdaroğlu Mitte Juli erklärte, er werde dafür sorgen, dass die syrischen Flüchtlinge in der Türkei binnen zwei Jahren in ihre Heimat zurückkehrten, hatte er einen Nerv getroffen. Sein Konzept war eine Verständigung mit dem Assad-Regime und ein umfassendes Wiederaufbauprogramm, das die Syrer_innen von selbst zu einer Rückkehr bewegen würde.

Doch die Erfahrung aus anderen Aufnahmeländern verdeutlicht, dass mit der Dauer des Aufenthaltes der Wunsch, in die alte Heimat zurückzukehren, sinkt. Dies zeigt sich auch bei syrischen Geflüchteten in der Türkei. Konzepte für ihre Integration sind bisher jedoch lückenhaft, eines der größten Probleme ist die Lage der Kinder. Während der Besuch der Grundschule noch weit verbreitet ist, verringert sich die Beteiligung ab der Mittelschule. Zugleich wird über verbreitete Kinderarbeit unter Migrant_innen berichtet. Der Zusammenhang liegt auf der Hand: bereits der Mindestlohn reicht zur Ernährung einer Familie nicht aus. Da die meisten Migrant_innen jedoch noch unter dem Mindestlohn verdienen, müssen mehr Familienmitglieder arbeiten.

Die Regierung wiederum hat ihre „Politik der offenen Tür" seit einigen Jahren aufgegeben und reagiert aktuell vor allem mit Sicherheitsmaßnahmen. Als sich in der Türkei nach dem Einzug der Taliban in Kabul die Sorge vor einer neuen großen Fluchtbewegung ausbreitete, wurden die Kontrollen an der iranischen Grenze verstärkt. Der bereits begonnene Bau einer Grenzmauer wird vorangetrieben. Der Istanbuler Stadtbezirk Fatih kündigte an, er wol-

le keinen weiteren Zuzug von Ausländer_innen zulassen.

Ein anderes Schlaglicht auf den Diskussionsstand werfen die sogenannten Bananen-Videos. In einem Straßeninterview hatte sich eine Türkin beklagt, dass es den Syrern in der Türkei zu gut gehe; schließlich könnten diese Bananen essen und sie selbst sich keine leisten. Daraufhin hatten mehrere Geflüchtete aus Protest Clips in den sozialen Medien veröffentlicht, in denen sie Bananen essen. Das Innenministerium bewertete dies als Provokation. Es gab mehrere Festnahmen, 45 Personen sollen abgeschoben werden. Diese Reaktion macht deutlich, dass von den Zugewanderten erwartet wird, dass sie sich unterordnen - keine gute Grundlage für eine Integration.

Ein Beispiel dafür, dass es auch positive Ansätze gibt, ist die Großstadtgemeinde Istanbul. Bereits unmittelbar nach seiner Wahl hatte Oberbürgermeister İmamoğlu eine Abteilung gegründet, die Konzepte für die Integration internationaler Migrant_innen entwickeln soll. Im August 2021 unterzeichnete die Metropole ein Kooperationsabkommen mit dem UNHCR, mit dem die Zusammenarbeit beim Schutz von und kommunaler Leistungen für Flüchtlinge verbessert werden soll. Außerdem hat die Stadt für den Zeitraum 2020-2024 einen Integrationsplan entwickelt, mit dem auf der einen Seite die Kapazität der Verwaltung erhöht, Hilfen bei der Integration geleistet und Konflikte frühzeitig erkannt werden sollen.

Innenpolitik

Oppositionsgespräche über gestärktes parlamentarisches System

Die günstigen Umfrageergebnisse stimulieren die Oppositionsparteien. In einer Konstellation aus sechs Parteien – CHP, İyi-Partei, Gelecek-Partei, DEVA, DP und Saadet-Partei – wurden bereits Gespräche über die Neuordnung des politischen Systems nach einer Abwahl von Staatspräsident Erdoğan aufgenommen. Die CHP ging außerdem noch einen Schritt weiter, indem sie Mitte Oktober ihr Programm für das erste Regierungsjahr vorstellte.

Die Arbeit der aus sechs Parteien bestehenden Arbeitsgruppe ist weit fortgeschritten und soll im Dezember offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit verstärken die beteiligten Parteien den Eindruck, dass die politische Initiative zunehmend auf sie übergeht. Gleichwohl bleibt das Problem bestehen, dass sie die HDP in ihre Zusammenarbeit nicht einbeziehen, obgleich offensichtlich ist, dass die nächste Wahl nur mit den Stimmen der HDP-Wähler_innen zu gewinnen ist.

Zu den bisher erreichten Verabredungen gehört, dass die Sperrklausel für den Einzug in das Parlament von jetzt 10 Prozent auf höchstens 5 oder auch nur 3 Prozent gesenkt werden soll. Die Praxis der sogenannten „Sackgesetze" (in einer einzigen Gesetzesvorlage zusammengefasste gesetzliche Regelungen in verschiedenen Bereichen), die eine sinnvolle Aussprache im Parlament erschwert, soll unterbunden werden. Für die staatliche Parteienförderung ist bisher ein Mindeststimmanteil von 3 Prozent bei Parlamentswahlen erforderlich. Während das Regierungsbündnis erwägt, diesen Satz auf 6 Prozent anzuheben, will ihn die Opposition auf ein Prozent senken. Die Kompetenzen von Parlamentskommissionen sollen gestärkt und eine Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Gesetzgebung ermöglicht werden. Eine weitere Übereinkunft zielt auf die Stärkung der parlamentarischen Immunität für Redebeiträge im Parlament. Bei einer Sitzung Ende November sollen die Kontrollbefugnisse und die Budget-Kompetenzen des Parlaments diskutiert werden.

Mit Blick auf den Ausnahmezustand kritisierten die Parteien, dass die AKP diesen nach dem missglückten Militärputsch missbraucht habe. Nach ihren Vorstellungen soll künftig ein Ausnahmezustand nur nach Kabinettsbeschluss und Zustimmung durch das Parlament verhängt werden können. Die maximale Dauer soll auf sechs Monate mit einer möglichen Verlängerung um zwei Monate verkürzt werden. Auch soll das Recht der Regierung, Verordnungen mit Gesetzeskraft während des Ausnahmezustandes zu erlassen, aufgehoben werden.

Bei der Justiz soll der Rat der Richter und Staatsanwälte gespalten werden. Nur im Rat der Staatsanwälte soll ein_e Vertreter_in des Justizministeriums teilnehmen. Die Mitglieder sollen durch die obersten Gerichte und die Anwaltskammern gewählt werden.

Mit ihrem Programm für das erste Regierungsjahr beginnt die CHP bereits mit der Formulierung eines Wahlprogramms. Unter anderem ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorgesehen. Durch eine spätere Verfassungsänderung sollen die Gewichte zwischen Zentralverwaltung und Kommunen neu justiert werden. Entscheidungen, die durch den Ausnahmezustand nach dem gescheiterten Militärputsch nicht gedeckt sind, werden aufgehoben, andere einer gerichtlichen Überprüfung geöffnet. Zum Schutz der Landwirtschaft soll bis zum Ende der Ernte der Import der betreffenden Lebensmittel unterbunden werden. Staatliche Aufkaufpreise sollen ein Jahr im Voraus bekannt gegeben werden, die Auszahlung landwirtschaftlicher Förderungen soll bis zum Oktober eines Jahres abgeschlossen werden. Für bestimmte Produkte soll es Abnahmegarantien geben. Für organisierte Industriegebiete ist vorgesehen, dass sie über Kindergärten, eine Berufsschule und eine Gesundheitseinrichtung verfügen müssen. Die Stromkosten für Kläranlagen in Industriegebieten werden vom Staat übernommen. Steuern auf den Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen sollen entfallen. Die Mehrwertsteuer auf Strom soll von 18 Prozent auf 1 Prozent gesenkt werden. Bei der Festsetzung des Mindestlohns soll den Gewerkschaften ein Streikrecht zuerkannt werden. Für Führungspositionen im öffentlichen Dienst soll eine Frauenquote von 33 Prozent eingeführt werden. Im Privatsektor sollen Unternehmen, die mehr als 35 Prozent ihrer Führungspositionen mit Frauen besetzen, eine Steuererleichterung erhalten.

HDP bringt vorläufige Verteidigung ein

Am 5. November 2021 hat die HDP beim Verfassungsgericht den Antrag auf Zurückweisung des gegen sie eingeleiteten Schließungsverfahrens eingereicht. Ohne auf die einzelnen Vorwürfe einzugehen, hob sie die Rolle der

MHP bei der Auslösung des Verbotsverfahrens hervor und wies darauf hin, dass in Artikel 201 des Parteiengesetzes vorgesehen ist, eine Partei vor Einleitung eines Verbotsverfahrens zu verwarnen. Eine solche Verwarnung sei nicht ergangen.

Im nächsten Verfahrensschritt wird die Staatsanwaltschaft am Kassationsgerichtshof ihre Vorwürfe gegen die HDP vortragen. Erst nach diesem Plädoyer will die HDP sich zu den inhaltlichen Vorwürfen äußern. Die HDP versteht sich als Bündnis linker und kurdischer Parteien und will, sollte ein Verbot ergehen, in einer dieser Parteien ihre Arbeit fortsetzen.

CHP-Vorstoß im Kurden-Konflikt

Die Haltung der CHP gegenüber der HDP ist heikel. Während es auf der einen Seite eine beträchtliche Wechselwählerschaft zwischen beiden Parteien gibt, nimmt der republikanische Flügel der CHP die HDP als Gefährdung für die Einheit der Türkei wahr. Zudem hat ihr Bündnispartner, die İyi-Partei, immer wieder klargestellt, dass eine offene Zusammenarbeit mit der HDP nur denkbar sei, wenn diese eine klare Abgrenzung gegenüber der PKK vorgenommen hätte. Vor diesem Hintergrund war die Erklärung des CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu, dass er das Parlament als Adresse für die Lösung der Kurdenfrage sehe und die HDP in diesem Prozess eine legitime Instanz sei, ein politisches Wagnis.

Er erntete keinen offenen Widerspruch aus seiner eigenen Partei und erhielt außerdem die Unterstützung der İyi-Partei. Gleichwohl hat letztere ihre Haltung gegenüber der HDP nicht grundsätzlich geändert, wie deren Vorsitzende Meral Akşener Anfang November erklärte. Sie positioniert die HDP nach wie vor neben die PKK.

Bei der HDP muss die Erklärung von Kılıçdaroğlu einige Verblüffung hervorgerufen haben. Zunächst erklärte der frühere Co-Vorsitzende Sezai Temel, die Lösungsadresse sei der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, wurde dann jedoch vom amtierenden Parteivorstand und dem inhaftierten früheren Co-Vorsitzenden Demirtaş korrigiert. Natürlich sieht sich die HDP selbst als Lösungsadresse für den Kurden-Konflikt.

Osman Kavala weiter in Haft

Seit 2017 sitzt der Geschäftsmann und Kulturaktivist Osman Kavala im Gefängnis. Ihm werden die Vorbereitung der Gezi-Park-Proteste im Jahr 2013 sowie Agententätigkeit vorgeworfen. Zwar wurde er von beiden Vorwürfen zunächst freigesprochen, dann jedoch erneut angeklagt. Seit Dezember 2019 fordert der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Freilassung Kavalas, der Europarat leitete die Vorbereitungen für Sanktionen ein, weil die türkische Regierung weder ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Umsetzung dieses Urteils noch ihrer Pflicht gegenüber dem Europarat nachkommt.

Am 8. Oktober begann nun ein neuer Gezi-Park-Prozess, bei dem Osman Kavala erneut angeklagt wird. Weitere Angeklagte sind Mitglieder einer Sprecher_innengruppe bei den Gezi-Protesten sowie Mitglieder des Fanclubs der Fußballmannschaft Beşiktaş. Die Erfahrung zeigt, dass solche zusammengelegten Prozesse – zuvor waren es drei einzelne Prozesse – langwierig sind und weiter politisiert werden.

Eine gemeinsame Erklärung von zehn Botschafter_innen, in der sie die Freilassung Kavalas forderten, führte zu ihrer Einbestellung in das türkische Außenministerium. Staatspräsident Erdoğan forderte außerdem, die Botschafter_innen zu unerwünschten Personen zu erklären und auszuweisen. Unter den Botschafter_innen befanden sich auch die Botschafter der USA und Deutschlands, was eine bisher nie dagewesene Eskalation in den Beziehungen zu verbündeten Staaten darstellte. Gelöst wurde die Krise durch eine Erklärung des US-Außenministeriums, in der sie darauf hinwies, sie werde sich gemäß des Wiener Abkommens zu diplomatischen Missionen nicht in die inneren Angelegenheiten der Türkei einmischen. Staatspräsident Erdoğan wertete dies als Entschuldigung, ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte, dass die Freilassung Kavalas keine innere Angelegenheit der Türkei sei.

Vorbereitung eines Gesetzes zu Internetmedien

Die Regierung plant ein neues Gesetz, um Desinformation und Lügen im Internet zu bekämpfen. Der Gesetzesentwurf sollte eigentlich im Oktober ins Parlament eingebracht werden. Erfasst werden sollen sowohl die Betreiber_innen sozialer Medien als auch deren Nutzer_innen. Zudem sollen Medien, die Zuwendungen aus dem Ausland erhalten, meldepflichtig gemacht werden. Eine Mitteilung über die Gelder soll außerdem auf der Webseite einsehbar sein.

Die Problematik bei solchen Gesetzen liegt in der Regel darin, wer feststellt, ob ein Beitrag „Lüge" oder „Desinformation" ist. Das geplante Gesetz stellt dabei voraussichtlich darauf ab, dass die Falschdarstellung vorsätzlich und organisiert erfolgt. Zu ihrer Feststellung soll eine eigene Organisation gebildet werden. Im Gespräch war dabei, diese nach dem Vorbild der Aufsicht für Rundfunk und Fernsehen (RTÜK) zu bilden.

Vorwürfe gegen die regierungsnahe Stiftung TÜGVA

Seit ihrer Gründung ist die Türkische Jugendstiftung (TÜGVA) immer wieder zur Zielscheibe der Kritik der Opposition geworden. An ihrer Gründung war der Sohn des Staatspräsidenten Bilal Erdoğan maßgeblich beteiligt und sie erhielt von AKP-geführten Kommunen Grundstücke, Gebäude und nicht unbeträchtliche Gelder. Mit dem Machtwechsel in Istanbul sind ihr einige Privilegien abhanden gekommen, um die jedoch hart gerungen wird. Im Oktober entsandte der Provinzgouverneur von Istanbul Polizeikräfte, um die Räumung eines von TÜGVA gemieteten Gebäudes auf den Prinzeninseln durch kommunale Ordnungskräfte zu verhindern. Zuvor hatte die Metropolverwaltung den Mietvertrag aufgelöst.

Noch mehr Aufsehen erregen jedoch Personenlisten, die von der TÜGVA stammen sollen. Die dort geführten

Personen sollen gezielt in Polizei, Armee und Justiz eingeschleust worden sein. Die eine Seite der Angelegenheit ist, dass TÜGVA eine Art Karrieresprungbrett zu sein scheint, die andere Seite sind die anvisierten Institutionen, auf die Einfluss ausgeübt werden soll.

Der prominente Journalist Murat Yetkin bewertet dies als ein weiteres Indiz für die Schwäche des Regimes. Prominente Funktionäre bemühen sich rechtzeitig um eine Abberufung und andere darum, durch gezielte Indiskretion möglichen Schaden von sich abzuwenden.

Außenpolitik

Beitritt zum Pariser Klimaabkommen

Im Oktober hat das Parlament als eine seiner ersten Entscheidungen im neuen Gesetzgebungsjahr die Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens beschlossen. Die Ratifizierung hatte sich um mehrere Jahre verzögert, weil die türkische Regierung forderte, nicht als Industrieland, sondern als Schwellenland eingestuft zu werden. Mit dieser Einstufung ist der Zugang zu Förderfonds verbunden. Nach der Ratifizierung verzichtete die türkische Regierung jedoch auf diese Änderung.

Ein Grund für die zügig durchgeführte Ratifizierung war der Glasgow-Gipfel im November, an dem die türkische Regierung teilnehmen wollte. Eigentlich wollte Staatspräsident Erdoğan persönlich anreisen, sagte dies jedoch im letzten Moment ab. Ein weiterer Faktor bei der Unterzeichnung war außerdem die Zusage eines Kredits in Höhe von 3,1 Mrd. Euro, der durch die Weltbank, Frankreich und Deutschland bereitgestellt werden soll.

Hinzu kommen extreme Wetterphänomene, die auf den Klimawandel zurückgeführt werden, und zunehmend auch die Türkei betreffen. Während es im vergangenen Sommer mehrere Überschwemmungen mit Todesopfern in der Schwarzmeer-Region gab, trug anhaltende Dürre zu den wochenlangen schweren Waldbränden an der Ägäis bei. Gegen den in der Bevölkerung entstandenen Eindruck, dass die Regierung nicht entschlossen genug bei der Bekämpfung der Waldbrände vorgegangen sei, sollte die Ratifizierung des Klimaabkommens nun wohl Handlungsbereitschaft signalisieren.

Informationen des World Wildlife Funds zufolge liegt die Türkei bei der Emission von Treibhausgasen weltweit auf Rang 16. Mit der Anerkennung des Ziels, bis 2053 die Emissionen auf Null zu senken, ist insbesondere in der Energiepolitik ein radikaler Wandel erforderlich. Bisher hatte die türkische Regierung auf die Nutzung einheimischer Kohle für die Stromerzeugung gesetzt und in diesem Zusammenhang umfangreiche Förderprogramme aufgelegt. Auch wird bereits seit mehreren Jahren an einem ersten Atomkraftwerk gebaut.

Auf Regierungsseite ist ein umfassendes Programm zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen bisher nicht vorgelegt worden. Folgt man den Medienberichten, scheint vor allem das für den Außenhandel verantwortliche Handelsministerium aktiv geworden zu sein. Mit der Einsetzung verschiedener Arbeitsgruppen soll von Energie über Industrie bis zum Transportwesen der CO2-Footprint türkischer Exporte verringert werden. Motor dafür war jedoch weniger das Pariser Klimaabkommen, als die Ankündigung einer Kohlenstoffsteuer durch die EU.

Ebenfalls beim Glasgow-Gipfel beteiligt waren die Metropolen Istanbul und Ankara. Am 5. November stellte Istanbuls Oberbürgermeister İmamoğlu das Konzept vor, mit dem die Metropole sich auf den Klimawandel vorbereiten wird. Ziel ist es, bis 2050 klimaneutral zu werden. Bereits bis 2030 soll eine Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen um 52 Prozent erreicht werden. Als Risiken für die Stadt zählte er auf, dass der Meeresspiegel des Bosporus um 75 cm steigen könnte. Bereits jetzt sind die Niederschläge um 12 Prozent zurückgegangen, während ihre Heftigkeit um 59 Prozent gestiegen ist. Zu den einzelnen Zielen gehören eine schrittweise Elektrifizierung des Verkehrs, ein Anteil von 35 Prozent des öffentlichen Nahverkehrs am Gesamtpersonenverkehr, eine Verringerung des Wasserverlustes in den Versorgungssystemen sowie die Rückgewinnung von mindestens 50 Prozent der organischen Abfälle. 55 Prozent der Energie der Stadt soll aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Wenig Bewegung in den US-Beziehungen

Am 31. Oktober 2021 fand das von Staatspräsident Erdoğan lange erwünschte Gespräch mit US-Präsident Biden am Rande des G20-Gipfels statt. Ursprünglich waren für das kurzfristig eingerichtete Gespräch 20 Minuten vorgesehen, tatsächlich dauerte es jedoch länger als eine Stunde. Außer einer Verabredung, hochrangige Kommissionen für die Lösung der bilateralen Probleme einzusetzen, ist kein konkretes Ergebnis des Gesprächs bekannt.

Mit der Einsetzung von Kommissionen erfolgt wohl auch der Übergang zu einer verstärkt institutionellen Außenpolitik bei beiden Ländern. Gegenüber Bidens Vorgänger Trump hatte Staatspräsident Erdoğan den direkten Dialog gesucht.

Während der Konflikt um den Kauf russischer S-400 Flugabwehrraketen aus Russland anhält, teilten die USA mit, dass der Ausschluss der Türkei aus dem F-35-Kampfjet-Vertrag abgeschlossen sei. Neu hinzugekommen ist der Wunsch der türkischen Regierung, neue F-16-Jets zu kaufen und vorhandene zu modernisieren. In Syrien bemüht sich die Türkei um ein Einverständnis für eine weitere Besetzung kurdischer Gebiete, doch bisher ohne Erfolg. Ein Abschluss des Verfahrens gegen die staatliche türkische Halkbank wegen des Bruchs von US-Sanktionen gegen den Iran ist nicht abzusehen.

Bewaffnete Drohnen belasten Russland-Beziehungen

Die Beziehungen zu Russland sind kompliziert. Auf der einen Seite kooperiert die Türkei mit Russland im Syrien-Krieg, ist sie ein wichtiges Transitland für russisches Erdgas und Kundin eines russischen Atomkraftwerks. Auf der anderen Seite jedoch verstieß die Türkei mit der Lieferung von bewaffneten Drohnen an die Ukraine und Polen gegen russische Mahnungen. Von Russland blieb wiederum die gewünschte Genehmigung für neue Mi-

litäroperationen gegen kurdische Gebiete in Syrien aus. Über die Ergebnisse eines Gipfels der Staatspräsidenten Putin und Erdoğan ist nichts Konkretes bekannt. Es sollen jedoch Verhandlungen über die Errichtung eines zweiten russischen Atomkraftwerks in der Türkei aufgenommen werden sowie zur gemeinsamen Entwicklung von Kampfflugzeugen und Raketentechnologie. Bei der Raketentechnologie wurden bereits konkrete Schritte unternommen, indem die Türkei in die Produktion von Teilen der S-400 Raketen einbezogen wurde.

Die Bewertung der Annektierung der Krim durch Russland als Besetzung sowie der Einsatz einer bewaffneten Drohne aus der Türkei in der Ost-Ukraine wurden von der russischen Regierung mit Verstimmung aufgenommen.

Türkei strebt neue Militäroperation in Syrien an

Äußerungen von Staatspräsident Erdoğan, dass neue Angriffe auf türkische Soldat_innen in Syrien nicht hinnehmbar seien sowie ein großer Aufmarsch türkischer Streitkräfte im Grenzgebiet werden als Vorbereitungen auf eine neue Militäroperation gegen kurdisch kontrollierte Gebiete in Nord-Syrien bewertet. Während die USA jedoch ihre Kooperation mit den Demokratischen Kräften Syriens im Nordosten Syriens fortsetzen, patrouillieren russische Truppen entlang der übrigen Gebiete. Zudem wird der Erfolg einer türkischen Operation davon abhängen, ob Russland den Luftraum öffnet. Weder Russland noch die USA machen derzeit den Eindruck, dass sie einer neuen türkischen Offensive zustimmen werden.

Außenpolitisch wird die Politik der Türkei außerdem durch die Annäherung Syriens an die arabischen Staaten belastet. Nachdem Jordanien einen Plan zur schrittweisen Verbesserung der bilateralen Beziehungen vorgelegt hat, besuchte Anfang November der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate Damaskus. Neben einer Normalisierung der Beziehungen standen insbesondere auch wirtschaftliche Kooperationen auf der Tagesordnung.

Doch auch innenpolitisch mehrt sich der Widerstand. Seit einigen Jahren gehört zu den ersten Amtshandlungen des Parlaments im neuen Gesetzgebungsjahr die Verabschiedung verschiedener Vollmachten an die Regierung, Truppen in Länder wie Syrien, Irak oder Libanon zu entsenden. Bisher war es vor allem die HDP, die gegen diese Vollmachten stimmte. In diesem Jahr stimmte jedoch auch die CHP und ein Abgeordneter der İyi-Partei dagegen.

Ob die CHP von der Richtigkeit der Vollmachten in den Vorjahren überzeugt war oder nur dafür stimmte, um nicht als „vaterlandslose Gesellen" dazustehen, bleibt offen. Doch parallel zur verschlechterten Wirtschaftslage ist nicht nur die Akzeptanz für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge in der Bevölkerung gesunken, sondern vermutlich auch die für das militärische Engagement in Syrien.

Neben der politischen Opportunität gibt es aber auch politische Einwände. Seit 2012 wird der Einsatz türkischer Soldat_innen in Syrien kontinuierlich verlängert. Das Ziel der Grenzsicherung wurde jedoch nicht erreicht. Ebenso wenig wurden die militärischen Ziele im Norden Syriens erreicht, obgleich wieder stark mit dem Säbel gerasselt und eine neue Offensive ins Auge gefasst wird. Auch wurde die Frage aufgeworfen, warum die Laufzeit der Vollmacht dieses Mal zwei Jahre beträgt– und somit in das Wahljahr 2023 hineinreicht.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D4
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact.tr@fes.de
https://turkey.fes.de/

Verantwortlich: Henrik Meyer
© FES Türkei, 2021